Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

WOLFGANG WESSELS

Für die Integrationswissenschaft zu Beginn der 90er Jahre trifft die Feststellung zu, die bereits für die 80er Jahre gemacht worden ist: sie ist gemessen an den gängigen Indikatoren "eine Wissenschaft in voller Expansion" (Wessels 1990: 21)[1]. Traditionelle akademische Arbeitsformen, z. B. Lehrbücher (u. a. Molle 1990; Oppermann 1991; Wegner 1991; Weidenfeld/Wessels 1991) und Bilanzen zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse (Bellers/Häckel 1991; Loth 1991 a) sind ebenso Zeichen einer intensiven Debatte zur europäischen Integration wie eine Vielzahl von detaillierten Studien zu einzelnen Aspekten der Integrationsentwicklung (vgl. zur Spannbreite u. a. Biehl/Winter 1990; Hasse 1990; Pinder 1991 b; Wallace 1991; Weidenfeld/Stützle 1990; Woolcock et al. 1991), Ergebnisse längerfristiger Forschungsprojekte (u. a. W. Wallace 1990) und analytisch-argumentative Auseinandersetzungen mit den Grundfragen der Europapolitik (u. a. Glotz 1990; Pinder 1991 a; Barón 1991).

Umfassender und eindeutiger als in den Vorjahren war das Bemühen, sich mit den Entwicklungen "nach 1989" konzeptionell auseinanderzusetzen. Angesichts der Evolution in Westeuropa, die zur Einberufung der Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union führte, und angesichts der friedlichen Revolutionen in Osteuropa einschließlich der deutschen Vereinigung wurden erneut – wie bei anderen Einschnitten in der Geschichte des Nachkriegseuropas – grundsätzliche Aspekte der europäischen Integration thematisiert. Stärker als in den Vorjahren wurde die Debatte durch das Begriffspaar "Erweiterung und/oder Vertiefung" geprägt.

Die deutsche Einheit und die EG

Die Wechselbeziehungen zwischen deutscher Einigung und europäischer Integration sind nach 1989 mit – im Vergleich zur Periode nach 1945 – gänzlich veränderten Vorzeichen aufgegriffen worden. Entgegen einigen früheren Behauptungen schwerwiegender Zielkonflikte (nochmals dargestellt bei Grabitz/Bogdandy 1991: 15 ff.) wird durchgängig als Grundthese eine positive Verknüpfung beider Prozesse formuliert. Grabitz und Bogdandy legen eine umfassende – fast schon als "definitiv" zu bezeichnende – rechtliche Bilanz der "doppelten Aufgabenstellung" deutscher Politik vor. Das Fazit: "(Es) hat sich bewahrheitet, daß die Gemeinschaften den sicheren internationalen Rahmen dieser Einheit bilden ... Doch auch die Europäischen Gemeinschaften tragen aus der Entwicklung einen großen Ge-

winn davon. Jeder Schritt der europäischen Integration war zuvor zumindest potentiell von der Hypothek der offenen deutschen Frage belastet" (ebd.: 59).

In nützlichen und abgewogen kommentierten Sammlungen von Dokumenten (Fritsch-Bournazel 1990; Kaiser 1991) wird diese These aufgegriffen: "Gerade die Herausforderung, die die Förderung der deutschen Vereinigung unter einem europäischen Dach darstellt, könnte den politischen Willen zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa – dem Traum der Nachkriegsgeneration – stärken" (Fritsch-Bournazel 1990: 39). Diese Erwartung wird auch aus der Analyse des deutschen Einigungsprozesses gespeist: "Die amerikanischen, britischen, deutschen und französischen Politiker handelten 1989 und 1990 in der Tradition ihrer Vorgänger und der Logik der etablierten Politik, als sie, unterstützt durch die beherzt zupackende Politik der EG-Kommission und ihres Präsidenten, die Vereinigung Deutschlands in den Rahmen der EG einbetteten. Sie machten dadurch gleichzeitig das Potential des gesamten Deutschlands akzeptabler und die Vereinigung zum Instrument einer Vertiefung der Gemeinschaftsintegration" (Kaiser 1991: 96).

Die Dynamik wirkt weiter: "In einem weiteren Sinne ist die deutsche Frage offen, so lange es die europäische ist; das heißt, so lange Deutschland nicht ein Teil der 'Vereinigten Staaten von Europa' ist" (Hättich 1990: 164).

Detaillierter werden die Prozesse und Probleme der Einbettung der fünf neuen Bundesländer in die Gemeinschaft von Weidenfeld et al. (1991) dargestellt. Danach "wird die Eingliederung der ehemaligen DDR zu einem Vorgang, der ... sich ... im Rahmen alltäglicher europäischer Kompromißlösungen bewegt" (Weidenfeld 1991: 12), aber auch gleichzeitig: "Die deutsche Einheit ist ... zum Katalysator der europäischen Einigung geworden" (Brok 1991: 37).

Diese vorläufigen Arbeitshypothesen über die wechselseitige Verstärkung beider Entwicklungen sind im Verlaufe der weiteren Integration der fünf neuen Bundesländer in die EG und deren Auswirkungen auf die europapolitische Rolle der Bundesrepublik durch vertiefende Forschungsprojekte zu prüfen (vgl. Günter et al. 1991).

Auch werden Lehren aus dem deutschen Einigungsprozeß für Stategien der Integrationspolitik gezogen: Wegner konstatiert nach Feststellung einiger Unterschiede ähnliche Risiken für die deutsche und die europäische Wirtschafts- und Währungsunion: "ein allmähliches Vorgehen vermindert die Risiken, erhöht jedoch die Übergangskosten, ein mutiger und glaubhafter Sprung dagegen würde eine raschere und effizientere Anpassung ermöglichen" (Wegner 1991: 159).

Integration und Nationalstaat

Die Veränderungen seit 1989 haben auch zu einer Renaissance der Debatte um die Wechselbeziehungen zwischen Integration und Nationalstaat geführt. Wesentliche Dimensionen dieser – die Integrationsprozesse seit Beginn begleitenden – Fragestellung werden erneut diskutiert. Dahrendorf (1990: 126) sieht "keinerlei Anzeichen dafür, daß der Prozeß der europäischen Zusammenarbeit den Natio-

nalstaat im Hinblick auf seine kritischen Aufgaben überflüssig macht. ... (Vielmehr) ist im heutigen Europa der Nationalstaat für alle praktischen Zwecke noch immer der Raum, in dem die Grundrechte aller Bürger garantiert werden" (ebd.: 127). Dagegen Glotz: "Die Nationalstaaten sind schon zu schwach, um ihre klassischen Funktionen zu erfüllen, aber zugleich noch stark genug, um – wenn eine Welle nostalgischer oder populistischer Stimmung durchs Land spült – eine wirksame supranationale europäische Politik zu verhindern" (Glotz 1990: 169). Drastischer wird der "Abschied vom Nationalstaat gefordert: "Überholt ist der Nationalstaaat, der

- im Widerspruch zu aller Realität an der Fiktion der Souveränität festhält,
- sich gegen andere abschließt,
- von seinen Bürgern eine gegenüber anderen sozialen Beziehungen vorrangige Loyalität verlangt" (Hättich: 64).

Festgestellt wird auch: "Alle herkömmlichen Nationalstaaten werden ihren Charakter verändern, ohne sich gänzlich aufzulösen... Der traditionelle Nationalstaat ist tot. Entstehen werden wahrscheinlich Staaten, die vornehmlich von einer Nation bestimmt bleiben und andere Nationen und Kulturen in ihrem Anderssein akzeptieren und integrieren" (Wolffsohn: 230).

Betont wird die Nützlichkeit der Integration für den Staat: "European Union and federation are rational solutions to problems that face European states at the end of the second millennium" (Pinder 1991 a: 216). Von dieser Entwicklung wird jedoch mehr als nur eine Wiederholung nationalstaatlicher Strukturen auf höherer Ebene erwartet: "Europa ist aber nicht nur als größerer Raum eine Alternative zum Nationalstaat. Sinnvolles Ziel ist nicht ein Europa, das sich als Vergrößerung der Nation darstellt. ... Die von der nationalen Idee beanspruchte hochgradige politische Integration der Bürger ist mit der republikanischen Geistesfreiheit nicht vereinbar" (Hättich 1990: 164).

Aus einer historischen Langzeitperspektive verknüpft Pomian (1990) die EG-Integration nach 1989 mit der historischen Entwicklung Europas. Nachdem er in der Geschichte zwei europäische Einigungen konstatiert, stellt er die Frage, inwieweit die Entwicklungen seit 1989 Schritte auf dem Weg zu einer dritten europäischen Einigung bedeuten. Seine Schlußfolgerungen: "Bisweilen wird die Europäische Gemeinschaft mit Europa gleichgesetzt, aber sie ist es noch nicht, sie stellt lediglich seinen Organisationskern dar. Um Europa zu werden, wird sie sich zunächst auf die Wiedervereinigung Deutschlands einstellen müssen, die ein neues Kräfteverhältnis zwischen ihren Mitgliedsländern schaffen wird, und parallel dazu wird sie die Regeln zu definieren haben, nachdem sie die Beziehungen zur Sowjetunion, die sich neuerdings zu pro-europäischen Gefühlen bekennt, gestalten will" (ebd. 1990: 144).

Thematisiert wird das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft auch durch ein gemeinschaftsweites Projekt ("European Community Membership Evaluated") des "Europe-12-Research and Action Committee on the EC", in dem nationale Forscherteams auf Grundlage eines gemeinsamen Fragenrasters Gewinn und Verlust bzw. Kosten und Nutzen der EG-Mitgliedschaft jedes

EG-Mitgliedstaates zu erfassen versuchen. Aus dem vorliegenden Band zur Bundesrepublik Deutschland (Schweitzer/Karsten 1990) wird zunächst deutlich, wie sehr die EG-Mitgliedschaft querschnittsmäßig alle wesentlichen Politikbereiche und politischen Akteure "nationaler" Politik betrifft. Die Bilanz selbst zeigt die methodologischen Schwierigkeiten, sowohl zu tragfähigen Aussagen auf einzelnen Sektoren zu kommen als auch diese für einen Mitgliedstaat insgesamt aufzuaddieren. Eines dieser Probleme besteht – wie der Beitrag zur Agrarpolitik darlegt (von Urff 1990) – im Vergleich zwischen Folgen der bestehenden EG-Politik und hypothetischen nationalen oder intergouvernementalen Lösungen. Plausibel wird jedoch argumentiert, daß ein "opting out" auch in dem Problemsektor Agrarpolitik für die Bundesrepublik Deutschland unmittelbare finanzielle Konsequenzen erheblichen Ausmaßes nach sich ziehen würde.

Die Herausgeber kommen nach Abwägung der Argumente für einzelne Sektoren zu dem Schluß: "for the Federal Republic so far the overall gains of EC-membership have by far outweighted losses in some fields and in certain regards" (Schweitzer/Karsten 1990: 268). Sie betonen gleichzeitig, "that (West) Germany will with the overwhelming support of all Germans remain firmly intrenched on the side of the Western democracies" (ebd.), eine These, die zumindest bezüglich der Stärke des Engagements für die europäische Integration von anderer Seite relativiert wird: "Für die Mehrheit der führenden deutschen Politiker wie auch für ihre Berater (ist) Europa im Kern ein Schönwetterkonzept geblieben... Deutschland mag Europa, aber Europa hat in seinem politischen Leben weder die Priorität noch vor allem die Realität, die die Sonntagsreden seiner Führer glauben machen wollen" (Dahrendorf 1990: 129).

Für die Niederlande wird festgestellt, daß die EG Landwirtschaft, Handel und Währungspolitik eindeutig gefördert hat (Coffey 1990: 214). Die politischen und rechtlichen Vor- und Nachteile werden dagegen in einzelnen Gebieten als ausgeglichen bewertet, insbesondere wird ein Autonomie- und Souveränitätsverlust beklagt, jedoch steht dagegen: "the political gains of EC-membership that we found in the Community's very existence rather than its political structure or its impact on the Dutch political system" (Wolters 1990: 224).

Für Großbritannien, einem besonderen Sorgenkind, argumentiert Franklin (1990), daß seine Zukunft in Europa liegt. Dem "magnetic pull of the EC" (ebd.: 17–30) kann und soll sich Großbritannien nicht entziehen: "With so many areas of uncertainty, it is in Britain's interest ... for the Community to be robust, and capable of reacting quickly, effectively and, above all, flexibly. ... By all means let Britain act in the future more as though what is good for Britain is good for the Community; but we need also to believe that what is good for the Community may be good for Britain" (ebd.: 123).

Vertiefung oder Erweiterung

Bei manchen Unterschieden in der Analyse der Rolle des Nationalstaats – die Europäische Gemeinschaft wird von allen Beiträgen auch unterschiedlicher

Ausrichtung hoch eingeschätzt: "Das Ziel des großen Planes einer Revitalisierung Europas ist erreicht. Wir müssen den Blick nun auf neue Horizonte richten" (Dahrendorf 1990: 135). Eine Erweiterung insbesondere um die osteuropäischen Staaten darf jedoch erst dann erfolgen, wenn diese Staaten dazu bereit sind: "Ein Europa auf dem Weg zur Integration ist ein Leitstern für die Länder Osteuropas, die geradezu enttäuscht wären, wenn die EG ihre Absicht aufgäbe, sich immer enger zusammenzuschließen" (Dahrendorf: 136). Während Dahrendorf früheren Werken entsprechend[2] einräumt, daß "seine Überlegungen zu sehr den kooperativen Aspekt Europas zum Unterschied von der Integration im strengen Sinne betonen" (Dahrendorf: 129), hebt Glotz nachdrücklich hervor, "das Ziel der europäischen Politik können nur die Vereinigten Staaten von Europa sein. Nicht im Sinne eines neuen europäischen Nationalstaats, der wieder alle Kompetenzen in einer Hand zentralisierte. Das neue Europa muß ein moderner Staat werden, ein föderalistischer, ein dezentralisierter, der aber trotzdem demokratisch und handlungsfähig ist. Das muß aber heißen: die Europäische Gemeinschaft als Nukleus Vereinigter Staaten von Europa" (Glotz: 172). Beiden gemeinsam ist die Betonung der Vertiefung vor der Erweiterung: "Wenn die Europäische Gemeinschaft der Kern eines europäischen Bundesstaats der Zukunft werden soll, dann muß sie sich zur supranationalen Entscheidungsinstanz entwickeln, bevor sie sich erneut erweitert" (Glotz: 174).

Andere betonen, daß die Erweiterung der EG durch die deutsche Einheit das Prinzip einer ausschließlichen Vertiefung nur schwer aufrechterhalten läßt: "Die Magnetwirkung der Europäischen Gemeinschaft und die Faszination der Vision Europa ist zu stark, als daß der Eintritt in diesen Raum in noch allzu weite Ferne gerückt werden darf" (Weidenfeld 1991: 16).

Auch Pomian hebt den Aspekt der "Vertiefung" hervor: "All das aber darf den Bindungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft keinen Abbruch tun, die sich ja festigen und sich binnen kurzer Zeit zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und irgendwann auch zu einer politischen Union entwickeln sollen. ... Welche Lektion Europa zu lernen hat, ist klar: Sein schlimmster Feind ist der nationale, staatliche und ideologische Partikularismus, das heißt die selbstgewählte Autarkie oder der Hegemonialanspruch, wie immer er gerechtfertigt werden mag" (Pomian 1990).

Integrationsgeschichte

Indikatoren für die Lebhaftigkeit der Integrationswissenschaft sind die Arbeiten von Zeitgeschichtlern, deren bisherige Ergebnisse zur Entstehung der Europäischen Gemeinschaft von Loth (1990 a) in einer kondensierten Form zusammengestellt werden. Loth identifiziert als wesentliche Erklärungsgründe für die Entstehung der Gemeinschaft: "... Das Streben nach Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen in einer Welt, in der die Nationalstaaten keinen wirksamen Schutz vor fremder Aggression mehr boten ... Die Suche nach einer Lösung der "Deutschen Frage", einer Lösung, die größere Stabilität aufwies als die gescheiterte Ordnung

von Versailles... Zahlreiche Bestrebungen zur Schaffung größerer Wirtschaftsräume, die dem unterdessen erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte gerecht wurden und der Tendenz zur nationalstaatlichen Abschottung der modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaaten entgegenwirkten. Schließlich auch das Streben der Europäer nach Selbstbehauptung gegenüber den neuen Weltmächten. ... Jeder dieser Impulse wies über das überkommene nationalstaatliche Ordnungssystem hinaus und wirkte somit auf die Schaffung von Gemeinschaftsstrukturen hin, die die Bedeutung des nationalstaatlichen Ordnungsrahmens relativieren" (Loth 1990a: 134f.). In der Geschichte Europas wird dies als "markanter Einschnitt" bewertet: "Die Sechsergemeinschaft ... bildete einen Integrationskern, an den weitere Integrationsschritte im europäischen Bereich anknüpfen konnten und mußten. Gemessen an den Hoffnungen, die sicher mit der Idee der europäischen Einigung verbunden waren, war das wenig; gemessen an den Funktionsdefiziten der europäischen Nationalstaaten stellt es aber gleichzeitig eine beachtliche Innovation dar, die zudem noch entwicklungsfähig war" (Loth 1990a: 134).

Als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung sieht er "den allmählichen Angleichungsprozeß der europäischen Gesellschaft" und "den Hintergrund gemeinsamer Werthaltungen" (ebd.: 137f.). Die Rolle einzelner Politiker stuft er hoch ein: "Der Verlauf des Integrationsprozesses wurde ... in hohem Maße von Politikern bestimmt, die die vielfach widersprüchlichen Empfindungen einer verunsicherten öffentlichen Meinung zu beeindrucken verstanden und die Handlungsspielräume ... mit Entschlossenheit und taktischem Geschick nutzten." Dagegen haben "unterschiedliche theoretische Vorstellungen vom Weg zur Europäischen Gemeinschaft den Prozeß nicht wesentlich beeinflußt" (Loth, ebd.: 139).

Der Autor formuliert als die "wichtigste Lektion, die sich aus einer Beschäftigung mit der Entstehung der Europäischen Gemeinschaft lernen läßt": "Wo der Sprung in die Supranationalität gewagt wurde, zahlte sich die Risikobereitschaft auch aus, nicht unbedingt für die persönliche Karriere der Akteure, wohl aber für die Sicherheit und Wohlfahrt der beteiligten Nationen. Wo die Akteure dagegen zögerten ... hatte dies fatale Folgen für die Eigenständigkeit der Europäer" (ebd.: 140).

Angesichts der Kontroverse, inwieweit Programme und Ideen föderalistischer Natur oder aber konkrete kurzfristige Wirtschaftsinteressen für die Schaffung und den Fortgang der Integration von Bedeutung sind, unterstreicht die umfassende Aufarbeitung der "Pioneers" der "Federal Union" (Mayne/Pinder 1990) den intellektuellen Beitrag der föderalistischen Bewegung Großbritanniens, die seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre bis heute für den Aufbau einer europäischen und weltweiten Föderation plädiert. Die Arbeit hat nicht nur das Verdienst, die häufig übersehene Entwicklung föderalistischen Gedankenguts in Großbritannien herauszuarbeiten, sie weist auch immer wieder auf konkrete Auswirkungen dieser Programmatik, selbst wenn sie lange Zeit gegen wesentliche politische Strömungen zu kämpfen hatte. In diesem Sinn betonen die Autoren: "Federal union has always been ahead of its time" (ebd.: 214), und zwar sowohl in der Behandlung

des deutschen Problems in und nach dem Zweiten Weltkrieg, als auch in der Debatte um den britischen EG-Beitritt. Im hartnäckigen Eintreten für "one Europe in one world" wird die föderalistische "Botschaft" betont: "That unfattered national sovereignty is outdated and a barrier to peace, that free men must unite and submit their arguments and their force with rule of law, and that the federations they form must provide the nucleus of a world order pledged to maintain peace and ensure justice" (ebd.: 214).

Die konstitutive Phase, in der die europäische Integration zwischen 1945 und 1950 Gestalt angenommen hat, wird auch in dem Sammelband "Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950" (Loth 1990 b) aufgearbeitet. Die Europadebatte "im inneren Kreis" des späteren Europa der Sechs sowie "im äußeren Kreis" werden ebenso wie die Rolle der Europaverbände in diesem Zeitraum dargestellt.

Neue Kompendien und Lehrbücher

Der Ausbau und die Differenzierung der Gemeinschaft nimmt Formen an, die es zunehmend schwierig machen, die Integrationspolitik auch nur in ihren wesentlichen Elementen nachzuvollziehen und auf dem Stand der jeweiligen wissenschaftlichen Diskussion zu bleiben. Äußerst verdienstvoll sind deshalb Kompendien und Kurzlehrbücher, die einen schnellen soliden Zugriff auf zentrale Entwicklungen ermöglichen.

Hilfreich ist das "Studienbuch Europarecht" von Thomas Oppermann, das als juristisches Kurzlehrbuch auch noch immerhin knapp 800 Seiten aufweist. Es ermöglicht aber einen Überblick über europäische Organisationen, so über den Europarat, die EFTA und die KSZE, sowie insbesondere den Zugang zu Organisation und Struktur der Europäischen Gemeinschaft und einen Überblick über die Wirtschaftsordnung der Gemeinschaftsverträge. Das Buch schließt mit der Darstellung von zunehmenden Gemeinschaftsaktionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Technologie, Kultur, Umwelt, Verbraucherschutz sowie zur westeuropäischen Sicherheitspolitik und gesamteuropäischer Friedensordnung. Oppermann betont dabei – aufgrund der prinzipiellen Zielsetzungen des Art. 1 der Einheitlichen Europäischen Akte – die "grundsätzliche Legitimität weiterer Ausweitung der Gemeinschaftsaktion" (ebd.: 711, 756). Im Hinblick auf die rechtliche Fähigkeit der Gemeinschaft, sich neuen Herausforderungen zu stellen, führt er aus: "Die bisherige Erfahrung ... hat gezeigt, daß in den Fällen eines allseitig anerkannten Bedürfnisses nach zusätzlichen Feldern der Europäisierung regelmäßig Mittel und Wege gefunden wurden, solchen politischen Sachzwängen Rechnung zu tragen" (ebd. 1991: 756).

Vergleichbare Arbeiten für die Wirtschaftswissenschaften haben Molle (1990) und Wegner (1991) vorgelegt. Mit leicht unterschiedlichen Prioritäten behandeln sie historische, politische und institutionelle Bedingungen der Gemeinschaft. Im eigentlichen wirtschaftswissenschaftlichen Teil besticht insbesondere Molle durch eine klare Gliederung in theoretische Grundlagen, Behandlung der Produkte und Produktionsfaktoren, der Sektoren der Gemeinschaft wie Agrar und Transport

und den Bedingungen für ein ausgeglichenes Wachstum. Wegner führt ein in den Stand der güterwirtschaftlichen Integration, den europäischen Binnenmarkt, die europäische Währung sowie die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik und die Außenhandelspolitik der Gemeinschaft.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die sicherheitspolitischen Verschiebungen des internationalen Systems und die Revolutionen in Osteuropa haben die Debatte um die Inhalte und Formen der (west)europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nachhaltig beeinflußt. Beim "Abschied von der alten Ordnung" (Weidenfeld/Stützle 1990) wird eine neue europäisch-amerikanische Allianz (EATO) vorgeschlagen (Stützle: 25), die auf europäischer Seite durch den Ausbau der EPZ gestützt werden soll: "Die EPZ sollte künftig gemeinsame Positionen entwickeln... Die Verteidigungsminister müßten teilnehmen, das Sekretariat wäre entsprechend zu erweitern" (ebd.: 35). Die verteidigungspolitischen Positionen westlicher Organisationen, westeuropäischer und anderer europäischer Staaten sowie der atlantischen Partner beschreibt ein Sammelband eines italienischen Forschungsinstituts (ISPI 1990). In den Schlußfolgerungen wird eine erhebliche Vermehrung und gleichzeitig ein Wettbewerb der Organisationen und Formen europäischer Sicherheitspolitik analysiert (ebd.: 459).

Unter dem Eindruck der "Abwesenheit" und "Unfähigkeit" der Gemeinschaft beim Ausbruch des Golf-Krieges (Gnesotto 1991: 15) wird die sicherheitspolitische Rolle auf zwei Grundoptionen zugespitzt: "as a civilian entity with a strictly European vocation, with space and history ending artificially at the frontiers of the old continent, or: on the contrary, as a world power with global responsibilities and influence?" (ebd.: 17). Als ausschlaggebender Faktor gilt dabei: "Without doubt the way in which the new, unified Germany develops will to a large extent be the deciding factor in this" (ebd.).

Die Veränderungen im Gewicht der EG kommen auch im Verhältnis zu den EFTA-Staaten zum Tragen. In zwei Sammelbänden (Möttölä/Patomäki 1989; H. Wallace 1990) wurden "nationale Integrationsstrategien" (so bei Möttölä/Patomäki) oder "attitudes of participants" (so H. Wallace) der EFTA-Staaten beschrieben und die EG-EFTA Beziehungen auf mehreren Politikfeldern aufgearbeitet. Analysiert werden "Kosten und Nutzen" einer Mitgliedschaft und eines "dritten Weges" für die EFTA-Staaten als Alternative zwischen "Marginalisierung" (Schwok 1989: 13) und Mitgliedschaft. Wallace und Wessels diskutieren in ihren Schlußfolgerungen mehrere Optionen engerer Beziehungen und stellen fest: "For EFTA countries full membership is the most honest and clear option". Aber: "EFTA countries would be confronted with major challenges both in terms of substance and as regards the institutional and legal order into which they would have to be integrated" (H. Wallace/Wessels 1991: 278). Aufschlußreich für die Debatte um eine mögliche Erweiterung sind die Erkenntnisse zur EPZ: "political consultations between the Twelve and EFTA countries will gain in momentum"

(Regelsberger 1991: 45), aber eine Teilmitgliedschaft wird als wenig ertragreich verstanden (Edwards 1989: 85).

Besondere Aufmerksamkeit fand die Entwicklung einer "EG-Ostpolitik". John Pinder hat eine Veröffentlichung vorgelegt, die zu einem Standardwerk über die Geschichte und Aufgabenstellung der Beziehungen zu Osteuropa werden kann. Pinder betont nachdrücklich die Dramatik der Situation: "The European Community faces historic choices in its relations with its neighbours to the East" (ebd.: 1). Neben den Aufgaben einer "eastern policy for the Community" betont Pinder aber auch die Reformnotwendigkeiten interner Reform für die EG selbst (ebd.: 105).

Ähnliche Analysen und Schlußfolgerungen zur "Community and the Emerging European Democracies" legt ein Gutachten von sechs außenpolitischen Forschungsinstituten Westeuropas vor (Bonvicini et al. 1991). Die Empfehlungen gehen von einer umfassenden neuen Verantwortung der Gemeinschaft aus: "It is an illusion to believe that Western Europe can remain an island of prosperity and peace while the new democracies in Eastern Europe are exposed to the danger of political collapse, economic backwardness, ethic tensions or violence. ... (The Community) should be the nucleus of a new Europe" (ebd.: 79). Gefordert wird eine "evolutionary association", die eine Option für den Antrag auf Mitgliedschaft in zehn Jahren vorsieht. Zwischenzeitlich wird ein schneller und umfassender Marktzugang und eine erhebliche Mittelzuweisung gefordert (bis zu 0,2% des EG-Bruttosozialprodukts). Wichtig sind die Rückwirkungen auf die Gemeinschaft selbst: Sie hat ihre eigene Landwirtschaftspolitik zu reformieren und ihre Entscheidungsstrukturen zu stärken. Eine Erweiterung um osteuropäische Staaten setzt deshalb eine Vertiefung voraus.

Bei der verständlichen Priorität, die in den Studien den Beziehungen zu den EFTA- und osteuropäischen Staaten gegeben wird, sollten "Europe's global links" (Edwards/Regelsberger 1990) nicht vernachlässigt werden. So sind die Erscheinungsformen des "Dialogs" der EG mit anderen regionalen Gruppierungen als eine besondere Form der gemeinsamen Außenpolitik zu untersuchen, die an Umfang und Intensität nachhaltig gewonnen hat. Erklärt werden die Gründe, die zu diesem Phänomen führen: "Interregional cooperation could be understood as the appropriate answer at a time when the old superpower condominium is replaced by an emerging multi-polar system" (Regelsberger 1990: 14), aber auch relativierend wird angemerkt: "group-to-group relations have not replaced other forms but offer additional means to manage international politics instead of becoming its 'key element'" (ebd.).

Regionen und Europa

Ein Wachstumstrend der Integrationsforschung setzte sich auch zu Beginn der 90er Jahre fort: die Beschäftigung mit der Rolle der Regionen bzw. Länder in der Europäischen Gemeinschaft. Der knapp 700-seitige Sammelband von Alemann et al. (1990) verdeutlicht die Vielfalt der Dimensionen, die sich aus den Beziehun-

gen eines Landes zur Gemeinschaft ergeben können. Auch unterhalb der Landesebene wird die Bedeutung der Regionen hervorgehoben: "Westfalen ist im Europa der Zukunft, in einem föderativen Staatenbund unverzichtbar" (Frey 1990: 117).

Problematischer sind die Zukunftsaussichten für eine wirksame Rolle der Regionen einzuschätzen, wenn die Vielfältigkeit der "regionalen Landkarte" der EG berücksichtigt wird (Engel 1991: 10 ff.).

Anmerkungen

1 Aufgrund des besonderen Gegenstands dieses Beitrages unterscheidet sich seine Zitierweise zugunsten einer erhöhten Übersichtlichkeit von dem sonst im Jahrbuch angewendeten Verfahren. Die besprochenen Publikationen werden direkt an Ort und Stelle in Kurzform zitiert. Die ausführlichen Daten der angeführten Werke sind im Literaturverzeichnis am Ende des Beitrages verzeichnet.

2 S. Dahrendorf, Ralf: Plädoyer für die Europäische Union, 1973 und derselbe, A Third Europe? Jean Monnet Lecture, Florenz 1979.

Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./ Hombach, Bodo (Hrsg.): Die Kraft der Region: Nordrhein-Westfalen in Europa, Düsseldorf: Verlag J.H.W. Dietz 1990.

Barón, Enrique: Investition in die Zukunft: Europa '92, Bonn: Europa Union Verlag 1991.

Bellers, Jürgen/Häckel, Erwin: Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 286 ff.

Biehl, Dieter/Winter, Horst: Europa finanzieren – ein föderalistisches Modell, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1990.

Bonvicini, Gianni: The broader political framework, in: Bonvicini, Gianni u. a.: The Community and the Emerging European Democracies. A Joint Policy Report, London: Royal Institute of International Affairs 1991, S. 67–77.

Brok, Elmar: Europäisches Parlament und die deutsche Einheit, in: Weidenfeld, Werner u. a. (Hrsg.): Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1991, S. 31–38.

Coffey, Peter: Economic effects, in: Wolters, Menno/Coffey, Peter (Hrsg.): The Netherlands and EC Membership Evaluated, London: Pinter Publishers 1990, S. 213–216.

Dahrendorf, Ralf: Third Jean Monnet Lecture. A Third Europe?, Florence: European University Institute 1979.

Dahrendorf, Ralf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990.

Edwards, Geoffrey: European Political Cooperation, EFTA Countries and Integration, in: Möttölä, Kari/Patomäki, Heikki: Facing the Chance in Europe. EFTA Countries' Intregration Strategies, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs 1989, S. 79–88.

Edwards, Geoffrey/Regelsberger, Elfriede: Europe's global Links, London: Pinter Publishers 1990.

Engel, Christian: Regionen in der Europäischen Gemeinschaft: Eine integrationspolitische Rollensuche, in: Integration 1 (1991), S. 9.

Frey, Rainer: Das europäische Westfalen (?), in: Fischer, Dieter/Frey, Rainer/Kuhr, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft Westfalens

in der Europäischen Gemeinschaft. Beiträge aus Politik und Wissenschaft, Münster: Westfälischer Heimatbund 1990.

Franklin, Michael/Wilke, Marc: Britain's Future in Europe, London: Pinter Publishers 1990.

Fritsch-Bournazel, Renata: Europa und die deutsche Einheit, Bonn: Bonn-Aktuell 1990.

Glotz, Peter: Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990.

Gnesotto, Nicole: European Defence: Why not the Twelve? Chaillot Papers, Paris: Institute for Security Studies, Western European Union 1991.

Grabitz, Eberhard/Bogdandy, Armin von: Die Europäischen Gemeinschaften und die Einheit Deutschlands – die rechtliche Dimension, in: Integration 2 (1991), S. 47–64.

Günter, Dirk/Lippert, Barbara/Stevens-Strohmann, Rosalind: Eingliederung der fünf neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft. Forschungsbericht, in: Integration 3 (1991), S. 125–132.

Hättich, Manfred: Deutschland. Eine zu späte Nation, Mainz/München: Hase & Koehler 1990.

Hasse, Rolf H.: The European Central Bank: Perspectives for a Further Developmont of the European Monetary System, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1990.

Hodges, Michael/Schreiber, Kristin/Woolcock, Stephen: Britain, Germany and 1992. The limits of deregulation, London: Pinter Publishers 1991.

ISPI – Instituto per gli Studi di Politica Internazionale: La Difesa Europea Proposte E Sfide. A cura di Luigi Caligaris, Milano 1990.

Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach: Gustav Lübbe Verlag 1991.

Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990 a.

Loth, Wilfried: Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn: Europa Union Verlag 1990 b.

Mayne, Richard/Pinder, John: Federal Union: The Pioneers. A History of Federal Union, London: Macmillan 1990.

Möttölä, Kari/Patomäki, Heikki: Facing the Chance in Europe. EFTA Countries' Intregration Strategies, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs 1989.

Molle, Willem: The Economics of European Integration, Aldershot u. a. 1990.

Oppermann, Thomas: Europarecht, München: C.H. Beck 1991.

Pinder, John: The European Community, The building of a Union, Oxford: Oxford University Press 1991 a.

Pinder, John: The European Community and Eastern Europe, London: Pinter Publishers 1990 b.

Pomian, Krzyszlof: Europa und seine Nationen, Berlin: Wagenbach 1990.

Regelsberger, Elfriede: Foreign Policy: Towards a Dialogue, in: Wallace, Helen: The Wider Western Europe. Reshaping the EC/EFTA Relationship, London/New York: Pinter Publishers 1991, S. 45–60.

Regelsberger, Elfriede: The dialogue of the EC/Twelve with other regional groups: a new European identity in the international system?, in: Edwards, Geoffrey/Regelsberger, Elfriede: Europe's global Links, London: Pinter Publishers 1990, S. 3–26.

Schweitzer, Carl-Christoph/Karsten, Detlev: The Federal Republic of Germany and EC Membership Evaluated, London: Pinter Publishers 1990.

Schwok, René: Switzerland and the Price of the Single European Market, in: Möttölä, Kari/Patomäki, Heikki: Facing the Chance in Europe, a. a. O., S. 13–22.

Stützle, Walter: Auf dem Weg zu einer neuen europäisch-amerikanischen Sicherheitsstruktur, in: Weidenfeld, Werner/Stützle, Walther: Abschied von der alten Ordnung: Europas neue Sicherheit. Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1990, S. 19–37.

von Urff, Winfried: The Common Agricultural Policy, in: Schweitzer, Carl-Christoph/Karsten, Detlev (Hrsg.): The Federal Republic of Germany and EC Membership Evaluated, London: Pinter Publishers 1990,

S. 75–85.

Wallace, Helen (Hrsg.): The Wider Western Europe. Reshaping the EC/EFTA Relationship, London/New York: Pinter Publishers 1991.

Wallace, Helen/Wessels, Wolfgang: Conclusions, in: Wallace, Helen: The Wider Western Europe, a. a. O.

Wallace, William (Hrsg.): The Dynamics of European Integration, London/New York: Pinter Publishers 1990.

Wegner, Manfred: Die Entdeckung Europas. Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Ein Grundriß, Baden-Baden: Nomos 1991.

Weidenfeld, Werner u. a. (Hrsg.): Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1991.

Weidenfeld, Werner: Die gesamteuropäische Dimension der deutschen Einheit, in: Weidenfeld, Werner u. a. (Hrsg.): Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1991, S. 9–16.

Weidenfeld, Werner/Stützle, Walther: Abschied von der alten Ordnung: Europas neue Sicherheit. Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1990.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Europa von A-Z, Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn: Europa Union Verlag 1991.

Wessels, Wolfgang: Bilanz der wissenschaftlichen Debatte zur Europapolitik 1980–1990, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1980–90 – Eine Bilanz, Bonn: Europa Union Verlag 1990, S. 21–31.

Wolffsohn, Michael: Keine Angst vor Deutschland!, Erlangen/Bonn/Wien: Straube 1990.

Wolters, Menno: Political and Legal Aspects, in: Wolters, Menno/Coffey, Peter (Hrsg.): The Netherlands and EC Membership Evaluated, London: Pinter Publishers 1990, S. 216–225.

Woolcock, Stephen/Hodges, Michael/Schreiber, Kristin: Britain, Germany and 1992, London: Pinter Publishers 1991.